

B e s c h l u s s a n t r a g der FPÖ-Gemeinderatsabgeordneten Dominik Nepp, Mag. Günter Kasal, Michael Niegl, Mag. (FH) Alexander Pawkowicz, Lisa Ullmann und Dr. Alfred Wansch betreffend die Veröffentlichung ungekürzter Prüfberichte von Wr. Wohnbaugenossenschaften, eingebracht in der GR-Sitzung am 28. 01.2016 zu Post 68

Die Wiener gemeinnützige Wohnungswirtschaft erhält erhebliche Fördermittel. Gleichzeitig ist das Segment infolge zahlloser Verflechtungen zwischen den jeweiligen Unternehmen, ihren Töchtern und der SPÖ von Intransparenz gekennzeichnet. Prüfberichte werden lediglich in massiv gekürzter Fassung veröffentlicht, die es selbst Experten kaum erlaubt, relevante Einschätzungen zu treffen. Die Skandale der jüngsten Vergangenheit um die Sozialbau AG und die GEWOG-Neue Heimat und die vernichtende Rechnungshofkritik an der stadteigenen Gesiba veranschaulichen dieses Defizit. Zahlen zum Wucher mit Auslaufannuitäten bzw. Auslaufgewinnen bleiben dadurch ebenfalls im Dunkeln, obwohl Experten die Einnahmen aus dieser Position – vor der Novelle des WGG - auf 55 Millionen Euro jährlich schätzen, wie das Wirtschaftsmagazin „Format“ berichtete.

In einem Interview mit der Tageszeitung „Die Presse“ vom 05.09.2015 gab sich Stadtrat Michael Ludwig gegenüber der Veröffentlichung ungekürzter Prüfberichte von Wiener Wohnbaugenossenschaften bzw. gemeinnützigen Bauträgern aufgeschlossen. Auf die Frage, ob er sich gegen eine Veröffentlichung stellen würde, antwortete er: „Ich sehe da kein großes Hindernis.“

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien nachfolgenden

B e s c h l u s s a n t r a g:

Der amtsführende Stadtrat der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung wird aufgefordert, Prüfberichte von in Wien ansässigen gemeinnützigen Bauvereinigungen in ungekürzter und ungeschwärtzter Form zu veröffentlichen. Diese sollen anstatt der bisher gekürzten Fassungen ohne jegliche Hindernisse für jedermann bei der Landesregierung und im Internet einsehbar sein.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Stige *Michael* *Alfred*
Q. Ullmann
K. Kasal

MAGISTRATSDIREKTION
DER STADT WIEN
abgelehnt
Eing.: 28. JAN. 2016
PGL-00274-2016/0001-KFP/GAT
Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat,
Landesregierung und Stadtsenat